



Gö.LINKE Ratsfraktion Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen

- Neues Rathaus, Zi. 196
- Hiroshimaplatz 1-4
- 37083 Göttingen
- tel 05 51-4 00 24 99
- fax 05 51-4 00 20 79
- goelinke-fraktion@goettingen.de
- www.goe-linke.de

21. Oktober 2010

Resolution zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 05.11.2010**Appell zu den Kommunal финанzen**

Der Rat möge folgende Resolution auf Initiative des **Bündnisses LEBENSWERTES GÖTTINGEN** sowie der unterzeichnenden Organisationen **Göttinger Umwelt- und Naturschutzzentrum (GUNZ) e.V.**, **NaturFreunde Ortsgruppe Göttingen**, **Verein für Umwelt- und Konfliktforschung e.V.**, **Initiative für eine humane Welt (IHW)**, **Göttinger Friedensbüro**, **Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Göttingen e.V.**, **Paritätischer Wohlfahrtsverband - Kreisverband Göttingen**, **Frauen-Notruf Göttingen e.V.**, **Göttinger AIDS-Hilfe e.V.**, **Kontakt in Krisen e.V.**, **Frauenhaus Göttingen e.V.**, **Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen e.V.**, **Selbsthilfegruppe Göttingen für Tinnitus Morbus Menière und Hörstörungen in der Deutschen Tinnitus-Liga e.V.**, **Kneipp-Verein Göttingen e.V.**, **Freie Altenarbeit Göttingen e.V.**, **Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Göttingen**, **DGB Region Südniedersachsen-Harz**, **ver.di Ortsverein Göttingen e.V.**, **Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe (GALG)**, **Bündnis gegen Ämterchikane**, **Runder Tisch ARMES GÖTTINGEN** und weiterer Unterzeichnender, beschließen:

Das sogenannte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Göttingen scheint zwar auf den ersten Blick tiefgreifende Einschnitte bei Kultur und Sozialem zu vermeiden. Es ist aber nur der erste Schritt an Kürzungen, dem offenbar in den nächsten Jahren weitere folgen sollen. Außerdem hängen von Zahlungen der Stadt auch ergänzende Mittel des Landes, des Bundes und anderer Geldgeber ab, so dass die Folgen der Einschnitte doch schärfer sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen. Wir lehnen diese Kürzungen grundsätzlich ab. Sie leisten einen weiteren Beitrag zur allgemeinen bundesweiten Tendenz: Die Masseneinkommen werden weiter fallen und die Infrastruktur unseres Staates wird massiv reduziert, öffentliche Daseinsvorsorge soll weiter privatisiert werden. **Die Probleme der Staatsverschuldung und der defizitären öffentlichen Kassen werden auf kommunaler Ebene durch wegbrechende Gewerbesteuern noch verstärkt. Sie sind durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden und können auf gar keinen Fall mit Einsparungen gelöst werden. Notwendig ist eine deutliche Korrektur auf der Einnahmenseite. Sie muss und wird früher oder später kommen. Die jetzt beabsichtigten Einsparungen im öffentlichen Sektor zögern sie unnötig heraus.**

Wir fordern zur Bekämpfung der katastrophalen Krisenfolgen für hohe Einkommen und Vermögen ein Steuerniveau wieder einzuführen, wie es noch vor 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bestand:

- **Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer muss auf 56 Prozent angehoben werden.** Gleichzeitig muss die Abgeltungssteuer, die den Einkommensteuersatz von Kapitalerträgen auf 25 Prozent beschränkt, abgeschafft werden.
- **Der Satz der Körperschaftsteuer muss ebenfalls wieder 56 Prozent betragen.** Die Körperschaftsteuer ist die Steuer der Kapitalgesellschaften, vor allem der großen Aktiengesellschaften. Der Steuersatz wurde seit 1990 schrittweise auf jetzt 15 Prozent gesenkt.
- **Wiedereinführung einer Vermögensteuer.** Sie wurde 1997 abgeschafft. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würde eine Besteuerung des Vermögens in Höhe des Durchschnitts der anderen EU-Staaten und westlicher Industrieländer in Deutschland jährlich 25 Mrd. € einbringen.
- **Wiederherstellung einer echten Besteuerung großer Erbschaften.** Die Erbschaftssteuer wurde gerade erst zugunsten der großen Vermögen drastisch gesenkt.
- **Mehrwertsteuer auf den Handel mit allen Finanzprodukten.** Der Handel mit Finanzprodukten, Aktien sowie allen anderen Wertpapieren, mit Devisen, Zertifikaten, Derivaten usw. muss besteuert werden. Es ist absolut untragbar, dass der Kauf von Produkten des täglichen Bedarfs, wie z.B. Brot, mit Mehrwertsteuer belegt ist, nicht aber der Kauf von Finanzprodukten. Für die Tobin-Steuer, die nur die Besteuerung des Devisenhandels vorsieht, hat man errechnet, dass allein ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent weltweit 380 Mrd. US-Dollar einbringen würde. Hier liegt ein riesiges Einnahmefeld, das zusätzlich noch den Effekt hätte, die Umsätze der "Spielcasinos" der Finanzwelt erheblich einzuschränken.
- **Die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen ist nicht abzuschaffen, sondern zu konsolidieren und ihre Basis zu verbreitern, z.B. durch Einbeziehung der Einkünfte aller selbständig Beschäftigten.**
- **Der jährliche Grundfreibetrag der Einkommensteuer ist auf 20.000 € anzuheben um niedrige und mittlere Einkommen deutlich zu entlasten.**

Wir fordern, dass die Stadt Göttingen, wie auch andere Kommunen und deren Kommunale Spitzenverbände auf die Bundesländer und den Bund Einfluss nehmen, um die Politik der Kürzungen zulasten der Kommunen zu stoppen! Die genannten Maßnahmen stellen Minimalforderungen dar. **Nur so kann der öffentliche Sektor durch eine gerechtere Belastung der Steuerpflichtigen und eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Mittel seine Fähigkeit zur Selbstverwaltung erhalten und seine Handlungsfähigkeit zurück gewinnen!**

Begründung:

Die Begründung ergibt sich aus der Argumentation des Resolutionstextes.

